

# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Einführung .....</b>	23
A. Problemstellung .....	23
B. Gang der Untersuchung .....	28
<b>§ 2 Grundlagen des Umwandlungsrechts .....</b>	30
A. Die unterschiedlichen Umwandlungsarten .....	30
B. Die charakteristischen Merkmale der verschiedenen Umwandlungsarten ..	31
I. Wesensmerkmale der Verschmelzung und Spaltung .....	31
II. Identitätswahrung als charakteristisches Merkmal des Formwechsels ..	33
C. Ablauf einer Umwandlung .....	34
<b>§ 3 Vorzüge einer Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....</b>	37
A. Vorteile der Umwandlungsmaßnahmen gegenüber alternativen Gestaltungsoptionen im Insolvenzplanverfahren .....	37
I. Der besondere Nutzen einer Verschmelzung im Insolvenzplanverfahren .....	37
II. Vorteile einer Spaltung gegenüber anderen Gestaltungsoptionen im Insolvenzplanverfahren .....	39
III. Die Sanierungseffekte eines Formwechsels im Insolvenzplanverfahren .....	41
B. Besonderheiten des Insolvenzplanverfahrens .....	42
I. Ersetzungsmöglichkeit von Beschlüssen und Erklärungen .....	42
II. Insolvenzplanrechtliche Überlagerung von Verfahrensvoraussetzungen und Gläubigerschutzvorschriften .....	44
III. Keine Anwendbarkeit von Change-of-Control-Klauseln .....	44
IV. Verringerung möglicher Anfechtungsrisiken in der Folgeinsolvenz ...	45
<b>§ 4 Zulässigkeit von Umwandlungen im Insolvenzplanverfahren .....</b>	46
A. Die Umwandlung i. S. d. UmwG als „gesellschaftsrechtlich zulässige“ Maßnahme .....	46
B. Vereinbarkeit mit der Verschmelzungs- und Spaltungsrichtlinie .....	48
I. Vereinbarkeit der Zustimmungsbeschlussersetzung mit der Verschmelzungs- und Spaltungsrichtlinie? .....	48
II. Anwendbarkeit der Richtlinien im Insolvenzplanverfahren des übertragenden Rechtsträgers .....	50
III. Anwendbarkeit der Richtlinien im Insolvenzplanverfahren des übernehmenden Rechtsträgers .....	50
1. Anwendungsausschluss aufgrund des Insolvenzplanverfahrens? ...	50
a) Meinungsstand in der Literatur .....	51

b) Auslegung der Richtlinien .....	51
aa) Systematik .....	51
bb) Historie .....	52
cc) Telos .....	52
c) Ergebnis .....	54
2. Anwendbarkeit der Richtlinien aufgrund überschießender Umsetzung .....	54
3. Zusammenfassendes Ergebnis .....	57
C. Verfassungsmäßigkeit der Einbindung von Umwandlungen ins Insolvenzplanverfahren .....	57
I. Meinungsstand in Bezug auf die verfassungsrechtliche Zulässigkeit ..	58
II. Stellungnahme zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit .....	59
1. Verletzung des Art. 14 Abs. 1 GG .....	59
a) Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 GG .....	59
b) Rechtfertigung .....	60
aa) Legitimer Zweck, Geeignetheit und Erforderlichkeit .....	60
bb) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	61
2. Verletzung des Art. 9 Abs. 1 GG .....	63
a) Schutzbereich des Art. 9 Abs. 1 GG .....	63
b) Rechtfertigung .....	64
III. Fazit .....	65
D. Zusammenfassendes Ergebnis .....	65
<b>§ 5 Die Umwandlungsfähigkeit von sich im Insolvenzverfahren befindenden Rechtsträgern .....</b>	66
A. Reichweite des Verweises der „gesellschaftsrechtlichen Zulässigkeit“ i. S. d. § 225a Abs. 3 InsO .....	66
I. Meinungsstand zur Auslegung der „gesellschaftsrechtlichen Zulässigkeit“ .....	66
II. Bewertung .....	68
1. Auslegung des Wortlauts, der Systematik und Historie des § 225a Abs. 3 InsO .....	68
2. Lex-speciales-Grundsatz .....	68
3. Teleologische Auslegung .....	68
a) Verdrängung von altgesellschafterschützenden Vorschriften .....	68
b) Verdrängung der Gläubigerschutzvorschriften? .....	69
4. Fazit .....	71
B. Umwandlungsfähigkeit des aufgelösten, übertragenden oder formwechselnden Rechtsträgers (§§ 3 Abs. 3, 191 Abs. 3 UmwG) .....	71
I. Voraussetzungen der Umwandlungsfähigkeit gem. §§ 3 Abs. 3, 191 Abs. 3 UmwG? .....	72
1. Fortsetzungsfähigkeit nach allgemeinem Umwandlungsrecht? .....	72

2. Voraussetzungen der Fortsetzungsfähigkeit bei der Einbindung von Umwandlungen ins Insolvenzplanverfahren? .....	73
a) Diskussion über das Vorliegen einer insolvenzspezifischen Fortsetzungsbeschlussmöglichkeit .....	73
b) Stellungnahme zum Vorliegen einer insolvenzspezifischen Fortsetzungsbeschlussmöglichkeit .....	74
aa) Wortlaut des § 225a Abs. 3 InsO .....	74
bb) Systematik .....	75
(1) Systematik des § 225a Abs. 3 InsO .....	75
(2) Gesellschaftsrechtlicher Fortsetzungsbeschluss als zulässige Regelung? .....	75
(3) Systematische Einordnung des § 225a Abs. 3 1. Alt. InsO .....	76
cc) Historie .....	76
dd) Sinn und Zweck der Auflösung .....	77
ee) Ergebnis .....	78
3. Zusammenfassendes Ergebnis .....	78
II. Aufhebung des Insolvenzverfahrens und Fortbestand der Gesellschaft als Voraussetzungen der Umwandlungsfähigkeit? .....	79
1. Voraussetzung der Umwandlungsfähigkeit nach allgemeinem Umwandlungsrecht .....	79
2. Überlagerung der Voraussetzung durch insolvenz(plan)rechtliche Wertungen und Vorschriften .....	80
a) Meinungsstand .....	80
b) Stellungnahme .....	81
aa) Verstoß gegen Analogieverbot aus § 1 Abs. 2 UmwG? .....	81
bb) Sinn und Zweck der Voraussetzung der Beseitigung des Auflösungsgrundes .....	82
(1) Konterkarierung des Auflösungszwecks? .....	82
(2) Schutz der Gläubiger des sich nicht im Insolvenzverfahren befindlichen Rechtsträgers .....	84
cc) Regelung des Fortbestands der Gesellschaft .....	87
c) Zusammenfassung .....	87
III. Keine Vollbeendigung der Gesellschaft als Voraussetzung der Umwandlungsfähigkeit? .....	87
IV. Keine insolvenzrechtliche Überschuldung als Voraussetzung der Umwandlungsfähigkeit bei Kapitalgesellschaften? .....	88
1. Voraussetzung für die Fortsetzungsfähigkeit von Kapitalgesellschaften .....	88
2. Überlagerung der Voraussetzung durch die umwandlungsrechtlichen Vorschriften und Wertungen? .....	89
V. Keine Vermögensverteilung als Voraussetzung der Umwandlungsfähigkeit bei Kapitalgesellschaften? .....	90

1. Voraussetzung für die Fortsetzungsfähigkeit von Kapitalgesellschaften .....	90
2. Allgemeine Voraussetzung der Umwandlungsfähigkeit bei Kapitalgesellschaften? .....	90
3. Überlagerung durch Vorschriften und Wertungen des Insolvenzplanverfahrens? .....	91
VI. Schlussbemerkung .....	93
C. Verschmelzungs- und Spaltungsfähigkeit des aufgelösten, übernehmenden Rechtsträgers .....	93
I. Verschmelzungs- und Spaltungsfähigkeit bei parallelem Fortsetzungsbeschluss .....	94
II. Allgemeine Verschmelzungs- und Spaltungsfähigkeit des aufgelösten Zielrechtsträgers .....	95
1. Verschmelzungs- und Spaltungsfähigkeit des aufgelösten Zielrechts-trägers im Umwandlungsrecht .....	96
a) Streitstand .....	96
b) Stellungnahme .....	96
aa) Keine generelle Umwandlungsfähigkeit des aufgelösten übernehmenden Rechtsträgers .....	96
bb) Zulässigkeit bei Fortsetzungsfähigkeit des Rechtsträgers .....	97
2. Verschmelzungs- und Spaltungsfähigkeit des aufgelösten Zielrechts-trägers im Insolvenzplanverfahren .....	98
a) Meinungsstand .....	98
b) Stellungnahme .....	99
III. Zusammenfassung .....	100
D. Zusammenfassendes Ergebnis .....	100
<b>§ 6 Allgemeine Ersetzungsmöglichkeit im Insolvenzplanverfahren .....</b>	<b>101</b>
A. Ersetzung von Willenserklärungen und Beschlüssen durch Planregelungen .....	101
I. Allgemeine Ersetzungsmöglichkeit .....	101
II. Beschränkungen der sachlichen Regelungsreichweite .....	103
1. Begrenzung der Regelungsreichweite hinsichtlich der Ersetzung von Beschlüssen und Erklärungen des Schuldners .....	103
2. Beschränkung bei Rechtsgeschäften aus dem Verdrängungsbereich ..	104
3. Zeitliche Begrenzung der Regelungsreichweite des Insolvenzplans ..	105
4. Insolvenzzweckwidrigkeit .....	107
III. Fazit .....	107
B. Formfiktion des § 254a InsO .....	108
I. Objektive Reichweite der Formfiktion .....	108
1. Formfiktion für ersetzte Willenserklärungen und Beschlüsse .....	108
2. Erstreckung der Formfiktion auf Maßnahmen zur Vorbereitung von Beschlüssen .....	108
II. Subjektive Reichweite der Formfiktion .....	109

1. Diskussion über die subjektive Reichweite der Formfiktion .....	109
2. Stellungnahme zur subjektiven Reichweite der Formfiktion .....	111
a) Einbeziehung von Beschlüssen Dritter in die Formfiktion des § 254a Abs. 2 InsO .....	111
b) Erstreckung der Formfiktion auf die Erklärungen Dritter .....	112
aa) Wortlaut und Systematik .....	112
bb) Historie .....	113
cc) Telos .....	113
c) Fazit .....	114
III. Schlussbemerkung zur Formfiktion .....	114
<b>§ 7 Ablauf der Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....</b>	<b>115</b>
A. Abschluss des Verschmelzungs- und Spaltungsvertrags sowie Aufstellung des Spaltungsplans im Insolvenzplanverfahren .....	115
I. Möglichkeit der Ersetzung der Erklärungen im Insolvenzplan .....	117
1. Abschlusserklärung des sich nicht im Insolvenzplanverfahren befindenden Rechtsträgers .....	117
2. Abschluss- bzw. Aufstellungserklärung des Schuldners .....	118
a) Ersetzbarkeit durch Planregelung .....	118
b) Formfiktion und Zugang .....	119
II. Abschluss- bzw. Aufstellungskompetenz im Insolvenz(plan)verfahren ..	119
1. Meinungsstand .....	120
2. Stellungnahme .....	121
a) Klassische Kompetenzverteilung im Insolvenzverfahren .....	121
b) Massebezug des Verschmelzungs- und Spaltungsvertrags .....	122
c) Zeitliche Komponente .....	123
aa) Wirksamwerden der Umwandlung vor Aufhebung des Insolvenzverfahrens .....	123
bb) Zustimmungsbeschluss nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens .....	123
cc) Zustimmungsbeschluss vor Aufhebung des Insolvenzverfahrens .....	125
d) Organisationsrechtlicher Charakter .....	126
3. Zusammenfassendes Ergebnis .....	126
III. Inhalt eines Verschmelzungs-, Spaltungsvertrags bzw. eines Spaltungsplans bei der Einbeziehung der Umwandlung in den Insolvenzplan ..	127
IV. Zusammenfassendes Ergebnis .....	128
B. Beteiligung des Betriebsrats bei Umwandlungen im Insolvenzplanverfahren .....	128
I. Zuleitungspflicht im Insolvenzplanverfahren? .....	129
II. Verzicht auf Zuleitung .....	130

C. Verschmelzungs-, Spaltungs- bzw. Umwandlungsbericht und Umwandlungsprüfung im Insolvenzplanverfahren .....	131
I. Verschmelzungs-, Spaltungs- bzw. Umwandlungsbericht .....	132
1. Bericht nach allgemeinem Umwandlungsrecht .....	132
2. Pflicht zur Aufstellung des Berichts im Insolvenzplanverfahren .....	133
3. Aufstellungskompetenz? .....	135
4. Verzicht im Insolvenzplanverfahren .....	136
II. Umwandlungsprüfung gem. §§ 9–12 UmwG .....	136
1. Umwandlungsprüfung nach allgemeinem Umwandlungsrecht .....	136
2. Pflicht zur Prüfung gem. §§ 9–12 UmwG im Insolvenzplanverfahren .....	138
3. Beantragungsbefugnis des Prüfers im Insolvenzplanverfahren .....	140
4. Verzicht auf Prüfung und Prüfungsbericht .....	140
III. Fazit .....	140
D. (Sach-)gründungsbericht und Gründungsprüfung bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren .....	141
I. (Sach-)gründungsbericht und Gründungsprüfung nach allgemeinem Umwandlungsrecht .....	142
II. Pflicht zur Aufstellung des Gründungsberichts und Gründungsprüfung im Insolvenzplanverfahren .....	144
III. Aufstellungskompetenz .....	144
IV. Bestellung des Prüfers im Insolvenzplanverfahren .....	146
V. Schlussbemerkung zum Sachgründungsbericht und der Gründungsprüfung im Insolvenzplanverfahren .....	146
E. Abgabe der Zustimmungsbeschlüsse bei der Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....	146
I. Regelung des Zustimmungsbeschlusses der Anteilsinhaber des Schuldners im Insolvenzplan .....	147
1. Ersetzbarkeit des Beschlusses durch Planregelung .....	147
2. Einhaltung von Einberufungs- und Durchführungsvorschriften im Insolvenzplanverfahren .....	148
3. Herabsetzung von umwandlungsrechtlichen Mehrheitserfordernissen	149
a) Insolvenzrechtliche Sonderzuständigkeit der Beteiligtenversammlung .....	149
b) Erforderliche Mehrheiten im Insolvenzplanverfahren .....	150
II. Zustimmungsbeschlüsse der Anteilsinhaber des sich nicht im Insolvenzplanverfahren befindlichen Rechtsträgers .....	151
III. Zusammenfassendes Ergebnis .....	151
F. Sonstige Zustimmungs- und Verzichtserklärungen einzelner Anteilsinhaber	152
G. Registerverfahren bei der Einbindung der Umwandlung in den Insolvenzplan .....	153
I. Anmeldung und Eintragung der Umwandlung ins Handelsregister .....	153

1. Pflicht zur Anmeldung und Eintragung ins Register .....	153
2. Berechtigung zur Registeranmeldung im Insolvenzplanverfahren ..	154
3. Anlagen der Anmeldung .....	155
4. Schlussbilanz .....	156
a) Überblick .....	156
b) Pflicht zur Vorlage der Schlussbilanz im Insolvenzplanverfahren	157
II. Abgabe von Versicherungen und Unterschriften im Rahmen der Anmeldung .....	158
1. Berechtigung des Insolvenzverwalters zur Abgabe von Erklärungen und Unterschriften im Rahmen der Anmeldung .....	158
2. Abgabe der Negativerklärung bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren .....	159
a) Überblick .....	159
b) Abgabeberechtigung im Insolvenzplanverfahren .....	160
c) Inhaltliche Modifikation der Negativerklärung .....	161
d) Zeitpunkt der Abgabe der Negativerklärung im Insolvenzplanverfahren .....	161
e) Abgabepflicht im Insolvenzplanverfahren .....	163
f) Fazit .....	164
3. Abgabe der Erklärungen gem. §§ 140, 146 UmwG im Insolvenzplanverfahren .....	164
a) Überblick .....	164
b) Verdrängung der Abgabepflicht im Insolvenzplanverfahren? ..	166
aa) Verfahrensbegleitender Insolvenzplan .....	166
bb) Verfahrensbeendender Insolvenzplan .....	167
c) Abgabeberechtigte im Insolvenzplanverfahren .....	168
d) Zusammenfassendes Ergebnis .....	169
III. Prüfungskompetenz des Registergerichts der Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....	170
1. Allgemeine Prüfungskompetenz des Registergerichts im Insolvenzplanverfahren .....	170
a) Streitstand .....	170
b) Stellungnahme .....	171
2. Allgemeine Prüfungskompetenz des Registergerichts in Bezug auf Umwandlungen .....	172
3. Prüfungskompetenz des Registergerichts bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren .....	173
<b>§ 8 Stellung der Anteilsinhaber bei Umwandlungen im Insolvenzplanverfahren .....</b>	<b>175</b>
A. Kontinuität der Mitgliedschaft bei der Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....	175
I. Mitgliedschaftsgewährung im Insolvenzplanverfahren .....	175

1. Problematik der Gewährung von Mitgliedschaften an die Anteilsinhaber des Schuldners .....	176
a) Verstoß gegen den Grundsatz der Kapitalaufbringung? .....	176
b) Mangelnde Bereitschaft zur Anteilsgewährung .....	178
c) Obstruktionsverbot .....	178
2. Umsetzung der Mitgliedschaftsgewährung im Insolvenzplanverfahren .....	179
a) Schaffung der Mitgliedschaften durch Sachkapitalerhöhung i. S.d. §§ 55, 69 UmwG .....	179
b) Alternative Möglichkeiten der Mitgliedschaftsgewährung .....	180
II. Verzicht auf die Mitgliedschaftsgewährung im Insolvenzplanverfahren .....	181
1. Verzicht gem. §§ 54 Abs. 1 Satz 3, 68 Abs. 1 Satz 3 UmwG .....	181
a) Allgemeine Reichweite der Verzichtsmöglichkeit gem. §§ 54 Abs. 1 Satz 3, 68 Abs. 1 Satz 3 UmwG .....	181
b) Ersetzung des Verzichts im Insolvenzplanverfahren .....	182
c) Verzicht bei belasteten Anteilsrechten .....	184
aa) Zustimmungserfordernis des Dritten? .....	184
bb) Ersetzungsmöglichkeit im Insolvenzplanverfahren? .....	184
2. Nicht verhältniswahrende Spaltung (§ 128 UmwG) .....	186
3. Fazit .....	187
III. Zusammenfassendes Ergebnis .....	187
B. Austrittsrecht und Abfindungsangebot der Anteilsinhaber bei der Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....	188
I. Überlagerung des Austrittsrechts im Insolvenzplanverfahren? .....	189
II. Modifikation der tatbestandlichen Voraussetzungen des Austrittsrechts .....	190
1. Widerspruch gegen den Beschluss .....	191
2. Negative Stimmabgabe .....	191
3. Sonstige besondere Voraussetzungen .....	192
III. Das Abfindungsangebot .....	193
1. Abfindungsangebot nach allgemeinem Umwandlungsrecht .....	193
2. Modifikation des Abfindungsangebots im Insolvenzplanverfahren .....	193
IV. Verzicht .....	194
V. Rechtsbehelf gegen fehlerhafte Abfindung? .....	195
VI. Zusammenfassendes Ergebnis .....	195
C. Rechtsschutzmöglichkeiten der Anteilsinhaber gegen die Umwandlungsmaßnahme als Regelungsbestandteil des Insolvenzplans .....	196
I. Klage gegen die Wirksamkeit der „Zustimmungsbeschlussregelung“? ..	196
1. Rechtsbehelfe gegen die beschlussersetzende Regelung im Insolvenzplan .....	196
2. Modifikation der Klagefrist .....	198
a) Auslegung der §§ 14 Abs. 1, 195 Abs. 1 UmwG .....	199

b) Analoge Anwendung .....	199
aa) Planwidrige Regelungslücke .....	199
bb) Vergleichbare Interessenlage .....	200
(1) Höchstfrist .....	200
(a) Minderheitenschutzantrag (§ 251 InsO) .....	201
(b) Sofortige Beschwerde (§ 253 InsO) .....	202
(2) Mindestfrist .....	204
cc) Zwischenergebnis .....	204
3. Einschränkung der Klagegründe .....	204
a) Auslegung der §§ 14 Abs. 2, 32, 195 Abs. 2, 210 UmwG .....	205
b) Analoge Anwendung .....	205
aa) Planwidrige Regelungslücke .....	206
bb) Vergleichbare Interessenlage .....	206
4. Verzichtserklärung auf Klage .....	207
II. Spruchverfahren .....	207
III. Fazit .....	208
<b>§ 9 Umwandlungsrechtlicher Gläubigerschutz bei der Einbeziehung einer Umwandlung im Insolvenzplanverfahren .....</b>	<b>209</b>
A. Allgemeine Überlagerung des umwandlungsrechtlichen Gläubigerschutzes durch die Vorschriften und Wertungen des Insolvenz(plan)rechts? .....	210
I. Verdrängung des individuellen Gläubigerschutzes der Insolvenzgläubiger? .....	210
II. Überlagerung des individuellen Gläubigerschutzes der Massegläubiger? .....	214
III. Verdrängung des individuellen und institutionellen Gläubigerschutzes der Neugläubiger? .....	216
B. Beeinträchtigung der jeweiligen individuell-gläubigerschützenden Vorschriften durch das Insolvenzplanverfahren .....	216
I. Anspruch auf Sicherheitsleistung (§ 22 Abs. 1 Satz 1 UmwG) .....	217
1. Sinn und Zweck der Vorschrift .....	217
2. Anspruchsvoraussetzungen bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren .....	218
a) Berechtigte Gläubiger i. S. d. § 22 Abs. 1 Satz 1 UmwG .....	218
aa) Allgemeine Voraussetzungen an die Forderung i. S. d. § 22 Abs. 1 Satz 1 UmwG .....	218
bb) Forderungen i. S. d. § 22 Abs. 1 Satz 1 UmwG im Insolvenzplanverfahren .....	220
cc) Berücksichtigung von Forderungserlassen im Insolvenzplanverfahren .....	221
(1) Zeitpunkt des Wirksamwerdens von (Teil-)Erlassen im Insolvenzplan .....	221
(2) Rechtsfolge des (Teil-)Erlasses einer einfachen Insolvenzforderung .....	221

(3) Rechtsfolge des (Teil-)Erlasses einer nachrangigen Insolvenzforderung .....	222
(a) Meinungsstand .....	222
(b) Stellungnahme .....	223
(c) Zwischenergebnis .....	225
(4) Einordnung der unvollkommenen Verbindlichkeiten als Forderung i. S. d. § 22 Abs. 1 Satz 1 UmwG? .....	225
dd) Zusammenfassendes Ergebnis .....	229
b) Kein Befriedigungsanspruch .....	229
aa) Allgemeine Voraussetzungen an den Befriedigungsanspruch	230
bb) Befriedigungsanspruch im Insolvenzplanverfahren .....	231
(1) Fälligkeit von Forderungen im Insolvenz(plan)verfahren	231
(a) Fälligstellen gem. § 41 InsO .....	231
(b) Auswirkungen von Insolvenzplanregelungen zur Fälligkeit .....	232
(c) Ausschluss des Anspruchs auf Sicherheitsleistung aufgrund der Zustimmung zur Stundung? .....	232
(2) Vollstreckungsverbote im Insolvenzverfahren .....	233
cc) Fazit .....	235
c) Gefährdung des Anspruchs .....	236
aa) Glaubhaftmachung einer Gefährdung i. S. d. § 22 Abs. 1 Satz 2 UmwG .....	236
(1) Gefährdung von Insolvenzgläubigern .....	236
(a) Ermittlung der Gefährdung im Insolvenzplanverfahren für Insolvenzgläubiger .....	236
(b) Gefährdung der Insolvenzgläubiger .....	238
(2) Gefährdung der Massegläubiger .....	240
(3) Gefährdung der Gläubiger des sich nicht im Insolvenzplanverfahren befindlichen Rechtsträgers .....	242
bb) Zusammenfassung .....	242
d) Keine Ausschlussgründe .....	242
aa) Besondere Ausschlussgründe im Insolvenzplanverfahren ..	243
(1) Ausschlussgründe für Insolvenzgläubiger mit Absonderrungsrecht .....	243
(2) Ausschlussgründe der Insolvenzgläubiger aufgrund von Wiederauflebensklausel .....	243
(3) Ausschlussgründe für Massegläubiger .....	244
bb) Zusammenfassung .....	244
e) Einhaltung der Ausschlussfrist .....	245
f) Ergebnis .....	245
3. Rechtsfolge .....	246
4. Teleologische Reduktion des § 22 UmwG im Insolvenzplanverfahren	246

a) Meinungsstand bezüglich einer teleologischen Reduktion .....	247
b) Stellungnahme zur teleologischen Reduktion .....	248
aa) Bewusste Nichtregelung einer Anwendungsausnahme des § 22 UmwG im Insolvenzplanverfahren? .....	248
bb) Teleologische Reduktion aufgrund des Gläubigergleichbe- handlungsgrundsatzes .....	248
cc) Geringes Schutzbedürfnis der Gläubiger im Insolvenzplan- verfahren? .....	250
dd) Verringerung der Verwertungschancen? .....	250
ee) Fazit .....	251
5. Verzicht auf den Anspruch auf Sicherheitsleistung .....	251
a) Konkludenter Verzicht durch Zustimmung zum Insolvenzplan ..	252
b) Verzichtsregelung im Insolvenzplan .....	252
6. Schlussbemerkung .....	253
II. Gesamtschuldnerische Haftung (§ 133 UmwG) .....	253
1. Sinn und Zweck des § 133 UmwG .....	254
2. Haftungskonzept .....	255
a) Gesamtschuldner oder Verhältnis der sog. Akzessorietät .....	255
b) Enthaftung des Mitschuldners .....	256
c) Binnenausgleich .....	256
3. Anspruchsvoraussetzungen bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren .....	257
a) Altforderung gegenüber dem übertragenden Rechtsträger .....	257
aa) Qualifizierung der Altforderung im Insolvenzplanverfahren	258
bb) Berücksichtigung von Forderungserlassen im Insolvenzplan	258
(1) Wirksamwerden des (Teil-)Erlasses vor Wirksamwerden der Spaltung? .....	258
(2) Wirkungen des (Teil-)Erlasses auf die Altforderung ..	259
(3) Wirkung des Erlasses auf die Haftung gem. § 133 UmwG	260
(4) Wiederauflieben von teilerlassenen Forderungen gem. § 255 InsO? .....	262
(a) Erfüllung der Voraussetzungen durch einen Dritten ..	263
(b) Erfüllung der Voraussetzungen durch den Insolvenz- schuldner .....	264
(c) Zusammenfassendes Ergebnis .....	266
cc) Fälligkeit .....	266
(1) Fälligstellen gem. § 41 InsO .....	266
(2) Berücksichtigung von Planregelungen zur Fälligkeit im Insolvenzplan .....	266
(3) Wegfall der Stundung gem. § 255 InsO .....	267
b) Zusammenfassung .....	267

4. Teleologische Reduktion des § 133 UmwG bei der Einbindung der Spaltung ins Insolvenzplanverfahren .....	268
a) Meinungsstand .....	268
b) Stellungnahme .....	269
aa) Bewusste Nichtregelung einer Anwendungsausnahme des § 133 UmwG im Insolvenzplanverfahren? .....	269
bb) Geringere Schutzbedürftigkeit der Gläubiger? .....	270
cc) Überspannung des Sinns und Zwecks des § 133 UmwG? ...	270
dd) Beschränkung der Verwertungschancen? .....	272
ee) Teleologische Reduktion der § 25 HGB und § 613a Abs. 2 BGB .....	273
ff) Fazit .....	275
5. Verzicht im Insolvenzplan .....	276
6. Ergebnis .....	277
<b>III. Schadensersatzpflicht der Verwaltungsträger (§§ 25 Abs. 1 Satz 1, 205 Abs. 1 Satz 1 UmwG) .....</b>	<b>278</b>
1. Sinn und Zweck der §§ 25 Abs. 1 Satz 1, 205 Abs. 1 Satz 1 UmwG 278	
2. Anspruchsvoraussetzungen bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren .....	279
a) Ersatzberechtigte .....	279
b) Ersatzpflichtige i. S. d. §§ 25 Abs. 1 Satz 1, 205 Abs. 1 Satz 1 UmwG .....	279
aa) Ersatzpflichtige nach allgemeinem Umwandlungsrecht .....	280
bb) Vertretungs- und Aufsichtsorgane des Schuldners als Ersatzpflichtige? .....	281
cc) Insolvenzverwalter als Ersatzpflichtiger i. S. d. §§ 25 Abs. 1 Satz 1, 205 Abs. 1 Satz 1 UmwG? .....	284
dd) Fazit .....	286
c) Pflichtverletzung .....	286
aa) Allgemeine Sorgfaltspflichten des Vertretungsorgans .....	286
bb) Allgemeine Sorgfaltspflichten der Aufsichtsorgane .....	287
cc) Sorgfaltspflichten der Organe des Schuldners bei der Einbindung der Umwandlung in den Insolvenzplan .....	288
(1) Sorgfaltspflichten im Schuldner- und Verdängungsreich? .....	288
(2) Sorgfaltspflichten bei der Erstellung eines Schuldnerplans? .....	289
(a) Ausgestaltungsbefugnis der Organe beim Schuldnerplan .....	289
(b) Haftung gem. §§ 25, 205 UmwG für pflichtwidrige Ausgestaltung? .....	290
(3) Sorgfaltspflichten der Organe bei einem Verwalterplan? .	292

Inhaltsverzeichnis	21
(4) Zusammenfassendes Ergebnis .....	293
d) Kausalität und Schaden .....	293
e) Verschulden und Exkulpation .....	294
f) Haftungsausschluss im Insolvenzplanverfahren .....	294
aa) Zustimmungsbeschluss zur Umwandlung und Annahme des Insolvenzplans .....	294
bb) Zustimmung zur Vorlage des Insolvenzplans .....	295
cc) Weisung der Gesellschafter .....	295
3. Geltendmachung des Anspruchs bei der Einbindung der Umwand- lung ins Insolvenzplanverfahren .....	296
4. Teleologische Reduktion der Vorschrift im Insolvenzplanverfahren? 297	
5. Schlussbemerkung .....	297
C. Beeinträchtigung einzelner institutionell-gläubigerschützender Vorschriften durch das Insolvenzplanverfahren .....	298
I. Anwendbarkeit der Gründungsvorschriften .....	298
1. Sinn und Zweck der Verweise .....	298
2. Allgemeiner Verweis auf Gründungsvorschriften .....	299
3. Überlagerung der Gründungsvorschriften bei der Einbindung der Umwandlung ins Insolvenzplanverfahren? .....	299
4. Fazit .....	300
II. Ausgliederungsverbot des eingetragenen, überschuldeten Einzelhan- delskaufmanns .....	300
1. Zulässiger Regelungsgegenstand im Insolvenzplan .....	301
2. Sinn und Zweck des Ausgliederungsverbots .....	302
3. Voraussetzung der Überschuldung bei der Einbindung im Insolvenz- planverfahren .....	303
4. Teleologische Reduktion des Ausgliederungsverbots im Insolvenz- planverfahren .....	304
a) Meinungsstand .....	304
b) Stellungnahme .....	305
5. Zusammenfassendes Ergebnis .....	306
§ 10 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....	307
Literaturverzeichnis .....	311
Sachwortregister .....	321